

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Biesteiliger Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanfragen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Deutsch-Länder).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt 25 Pf., Familienamt 15 Pf.
Vereinsamt 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 48.

Berlin, Mittwoch, 31. Oktober 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Arbeitervereine. — Arbeiterauschüsse im preussisch-
bessischen Eisenbahnbetrieb. — Das Streikgesetz für den
Santon Bern. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereine.
Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

„Arbeitervereine“

Das geheime Rundschreiben Erleleys über die
Taktik bei Streiks und im Kampfe gegen den Metall-
arbeiterverband wird nach wie vor von der sozial-
demokratischen Presse zu Angriffen auf die Gesamt-
heit der Gewerkevereine benutzt. Wir haben mit aller
Entschiedenheit und Schärfe erklärt, daß die Gewerke-
vereine jene Taktik nicht billigen und niemals
zu der ihrigen machen werden. Herr Erleley
geht mit seinen Ratschlägen vollkommen isoliert,
denn es gibt keinen einzigen Verbandsgenossen in
ganz Deutschland, der diese Taktik befolgen möchte.
Die Gewerkevereine haben bisher schon einen schweren
Kampf zu kämpfen gehabt mit ihren Gegnern, und
auch in Zukunft wird ihnen dieser Kampf nicht erspart
bleiben. Darauf aber dürfen sie stolz sein, daß sie
nur mit christlichen Waffen kämpfen, und diesem
Stolz wollen sie sich auch für die Zukunft nicht
rauben lassen.

Wir weisen es daher auch mit aller Entschieden-
heit zurück, wenn die sozialdemokratische „Frankfurter
Lagepost“ in ihrem Artikel „Arbeitervereine“ be-
hauptet, daß die Verdrängung der „Duisburger
Dunderthaler Führer“ durch das Rundschreiben
Erleleys auf das trefflichste „apartheidisiert“ werde.
Wider besseres Wissen behaupten die sozial-
demokratischen Blätter, daß die Leitung der Gewerke-
vereine sich die Taktik des Herrn Erleley zu eigen
gemacht habe. Wir wiederholen deshalb, daß
weder der Generalrat der Maschinenbau-
und Metallarbeiter, noch der Zentralrat,
noch irgend ein Gewerkeverein sich mit
jener „Spitzbubenakt“ einverstanden er-
klärt hat.

Herr Erleley hatte geraten, „tunlichst radikal
aufzutreten, um den Metallarbeiterverband in den
Augen der Öffentlichkeit als schädlich, die Gewerke-
vereine aber als stark erscheinen zu lassen“. Um die
nach seiner Meinung dadurch entstehende „Verlegen-
heit“ des Metallarbeiterverbandes noch zu vergrößern,
sollten die Gewerkevereine noch in einer Reihe von
Betrieben zum Streik drängen, wo der Metall-
arbeiterverband nicht streiken wollte.

In der Düsselbacher Resolution vom 18. Mai
wurde eine Solidaritätsklärung mit allen anderen
Arbeiterorganisationen gefordert, in dem geheimen
Rundschreiben aber sagt Erleley, daß es ihm nicht
im Interesse eingefallen sei, sich mit dem Metall-
arbeiterverband solidarisch zu erklären. Und dann
heißt es wieder an einer anderen Stelle:

„Wir erklären uns selbst dann solidarisch, wenn man
nicht zu den Beratungen zugezogen hat, und versuchen
nun in allen Versammlungen, Sitzungen usw. durch
radikales Auftreten immer mehr Mit-
glieder des Metallarbeiterverbandes in
den Ausschuss zu verdrängen. Zu gleicher Zeit
haben wir zu sorgen, daß von uns möglichst wenig
Mitglieder beteiligt sind. Wir der Metall-
arbeiterverband als Weisheitslehre die Bewegung beenden,
so haben wir dagegen mit aller Schärfe Stellung zu nehmen
und auf Weiterstreiken zu drängen.“

Eine solche Taktik, die wir schon um ihrer
Unethik willen grundtätlich verwerfen,
würde natürlich auch keine Rücksicht nehmen auf das
Glaub, in das Tausende von Arbeitern getrieben
würden. Die Gewerkevereine mühten sich in der
Tat schämen, wenn sie eine solche „Anstiftung“
Taktik zu der ihrigen machen wollten.

Erleley wollte durch sein Rundschreiben klar
machen, daß der Generalrat Unrecht gehabt habe, als
er die Düsselbacher Resolution debattierte. Die
Düsselbacher Resolution sei nicht ernst gemeint gewesen.
Dies sollte den Generalratsmitgliedern durch das

Rundschreiben klar gemacht werden. Nach Behauptung
der Gegner soll der Inhalt dieses Rundschreibens
schon 6 Wochen früher als es zur Verbenbung
kam, durch unsere Kollegen Gleichauf und Hart-
mann gebilligt worden sein. Diese Behauptung
stiftet sich auf eine in der „Badisch-Pfälzischen Volks-
zeitung“ vom 25. Mai erschienene Notiz, in der es
u. a. hieß:

„Die nächsten Bewegungsrunde unserer Resolution entziehen
sich an dieser Stelle der Wiebergabe. Nur dürfte es
interessieren, zu erfahren, daß am vergangenen Dienstag
(22. Mai); die Düsselbacher Resolution wurde am 18. Mai
gefaßt in der Redaktion der „Westfälischen Abendpost“ eine
Besprechung mit den zwei Vertretern des Generalrats der
Maschinenbauern stattgefunden hat, und zwar mit dem Vor-
sitzenden, Herrn Bild, Gleichauf, und dem Generalsekretär
Gustav Hartmann. Weiter ergab diese Aussprache, daß
leider nicht nennenswerte Meinungsverschiedenheit zwischen
dem Generalrat und den Düsselbacher Gewerkevereinen, sowie
der Redaktion der „Westfälischen Abendpost“ vorhanden
sind, und daß also die Erklärung des Generalrats auf einer
völlig irrthümlichen Annahme der Düsselbacher Resolution
beruhe. Wir gehen mit dem Generalrat vollständig
konform in bezug auf die einzunehmende Stellung. Und
wenn Bewegungsrunde und Ähnliches sind seit Wochen leitenden
Personen des Generalrats bekannt und von ihnen ge-
billigt.“

Hierdurch bekam allerdings das Erleleysche
Vorgehen den Anschein, als ob es durch führende Tri-
alisten des Gewerkevereins der Maschinenbau- und
Metallarbeiter gebilligt worden wäre. Die Notiz in
der „Bad.-Pfälz. Volksztg.“ rührt aber von Erle-
ley selbst her, der dadurch sich in ein gutes Licht,
den Generalrat aber in ein schlechtes setzen wollte.
Diesem sowohl als auch uns ist jene Notiz leider
nicht zur Kenntnis gekommen, sonst wäre sie schon
damals energisch zurückgewiesen worden. Herr Erle-
ley hat eine grobe Unwahrheit gesagt, denn weder
Gleichauf noch Hartmann haben die Erleleysche
Taktik jemals gebilligt.

Unsere Pflicht war es, diese Tatsache fest-
zustellen. Obwohl wir in dieser Angelegenheit noch
tätig mit Anschnitten aus gegnerischen Zeitungen
beschäftigt werden, so hätten wir uns doch genug
sein lassen an der tatsächlichen Feststellung, daß kein
Gewerkeverein mit dem Willen des Herrn Erleley
irgend etwas gemein hat. Und diese Feststellung
mühten wir um der Ehre unserer Organisation willen
machen. Hätten die Gegner mit Recht behaupten
können, daß wir mit Erleley übereinstimmen, dann
würde es doch mit dem öffentlichen Ansehen unserer Organi-
sation ein für allemal vorbei gewesen.

Herr Erleley mag den Wunsch gehabt haben,
daß wir alle diese Angriffe auf die Ehre der Organi-
sation ruhig einsehen, um ihn in der Öffentlichkeit
zu schonen. Weil wir das aber nicht mit unserer
Pflicht vereinbaren konnten, sieht Herr Erleley die
Wahrung der Ehre der Gewerkevereine als einen pers-
önlich gegen ihn gerichteten Raubakt an. Denn in
der „Westfälischen Arbeiter-Vost“ veröffentlicht er
folgende Briefkastennotiz:

Kugsburg. Sie haben recht, am schiefsten be-
nimmt sich gegenüber den Veröffentlichungen der „Arb-
Btg.“ der „Gewerkevereine“ des Herrn Landtagsabgeordneten
Goldschmidt. Wie ein persönlicher Gegner dem R.-A.-B.
das Ding in die Hände gespielt hat, um sich zu rächen,
so hält es es nun auch für angebracht, sich persönlich zu
rächen. Wir können das Urteil darüber den Mitgliedern
überlassen.

Der „Gewerkeverein“ ist nicht das Organ unseres
Strebens, sondern das Organ des Verbandes
der Deutschen Gewerkevereine. Was wir daher
in dieser Sache schreiben, war nicht bloß die Auf-
sorgung des Letters unseres Blattes, sondern der ge-
samten Organisation. Denn es entspricht nicht
dem Charakter unseres Verbandsorganes, heimliche
persönliche Rache zu nehmen. Es gibt allerdings
Menschen von so niedriger Gesinnung, daß sie selbst
an Lohm heimliche Rache üben. Als unser Kollege
Emil Klavon gebeten war, da erschien aus der
Feder des Herrn Erleley in der „Westfälischen

Arbeiter-Vost“ ein „Kraus“, der dem Justiztritte
ähnelt, den in der Habel der Gel dem sterbenden
Lümen verweist. Es hieß nämlich in diesem Kraus:
+ Emil Klavon, unser Reichsarbeitersekretär,
ist vergangene Woche in Verbandsbureau an einem Herz-
schlage plötzlich gestorben. Er erreichte ein Alter von
41 Jahren. Damit scheidet aus dem Gewerkevereinen eine
prominente Persönlichkeit aus, die, wenn auch nicht
hervorragend begabt, doch seit Jahren eine nicht
zu unterschätzende Rolle spielte. Alles was vom Rhein kam
und nach Berlin rief, hatte er mit voller Seele
und legte sich dagegen mit einer Wärme ins Zeug, die einer
besten Sache würdig gewesen wäre. Obwohl wir ihm
persönlich nie den geringsten Stroh nachtragen, wußte er
sich nicht ganz von Antipathie freizubalzen. Wenn er im
Zentralrat mit Donnerstimme gegen die Beschlüsse brüllte,
dann gab es allemal dramatische Ausstritte. Seit 1903 war
er Vertreter der Gewerkevereine am Reichsversicherungsamt.
Er vermochte nicht bei Stelle die Be-
deutung zu geben, die sie tatsächlich in den
Gewerkevereinen mit der Reichsversicherung
göttlichen Unkenntnis der Arbeiterver-
sicherungsbestimmung haben konnte. Seine
Spezialität waren Auseinandersetzungen mit den Gegnern,
besonders mit den Sozialdemokraten und den freien Gewerke-
schaften. In der Deutlichkeit und der Entschlossenheit
ihnen gegenüber, war er unerreicht. Nach acht Berliner
Jahre verlegte er dem Gegner einen Hieb nach dem andern
und dabei keine mit flacker Minge. Freilich, über die
Zweckmäßigkeit dieser Methode waren die Ansichten jeh-
mal da, wo er gewesen war, geteilt.

Wir haben es nicht für unserer Sache würdig
gehalten, den toten Kollegen gegen solche Justiztritte in
einem „Gewerkevereinsblatt“ in Schutz zu nehmen.
Heute allerdings sehen wir uns genötigt, vor der
gesamten Organisation die Frage aufzuwerfen, welches
Prädikat das in diesem „Kraus“ um Ausbund ge-
kommene Benehmen des Herrn Erleley verdient?

Für die Sache der Deutschen Gewerkevereine ist
Erleley abgetan! Wer versuchen wollte ihn zu halten,
der würde sich zum Unwürdigsten machen an all den
Seitensprüngen, die der Unverbesserliche nach den bis-
herigen Erfahrungen auch in Zukunft noch machen
wird.

Arbeiterauschüsse im preussisch-bessischen Eisenbahnbetrieb.

Unter Aufhebung der bisherigen hat der Eisen-
bahnminister neue Bestimmungen für die Ausschüsse
der Werkstättenarbeiter und der übrigen Arbeiter er-
lassen. Damit werden außer Kraft gesetzt die be-
stehenden Vorschriften vom 19. Januar 1892 und
28. Februar 1905. Die neuen Bestimmungen sollen
im Bereich der preussisch-bessischen Staatsbahnen
verwaltung eine gewisse Einheitlichkeit in die
Einrichtung und Tätigkeit der Arbeiteraus-
schüsse bringen. Die neuen Vorschriften sind folgend
in Kraft getreten.

Die Ausschüsse werden getrennt für die den Be-
triebsinspektionen, Maschineninspektionen, Betriebs-
inspektionen, Werkstätteninspektionen unterstehenden
Arbeiter. Es können ferner Ausschüsse gebildet werden
a) für jede Hauptwerkstätte, b) für jeden Bahnhofs-
Dienstort —, auf dem mindestens 100 derselben
Inspektion unterstehende Arbeiter vorhanden sind.
Die Arbeiterauschüsse haben die Aufgabe: 1. An-
träge, Wünsche und Beschwerden, die die Arbeiter
der Dienststellen oder einzelne Gruppen im ganzen
berühren, bei dem Vorstände der zuständigen In-
spektion durch ihren Dienststellenvorsteher vorzubringen
und sich in Zusammenkünften mit ihm darüber ge-
nehmlich zu äußern; 2. über sonstige, das Arbeitsver-
hältnis betreffende Fragen, insbesondere über eine ge-
eignete Arbeitsordnung, über Einrichtungen zur
Verhütung von Unfällen und andere Einrichtungen,
welche zum Wohle der Arbeiter und ihrer Angehörigen
ergriffen sind oder künftig getroffen werden
sollen, auf Anfordern ihrer Entschieden abzugeben;
3. soweit sie von beiden Seiten anrufen werden,
Streitigkeiten der Arbeiter untereinander zu schlichten.

Sozialdemokraten aber, das geht aus der Erklärung Oberles hervor, stellen ihr Programm nicht auf, um es durchzuführen, sondern nur, um die Massen damit zu fähren!

Am Sonntag, 28. Oktober, finden zwei Veranstaltungen des Vereins für Volksunterhaltungen statt: Die 328. nachm. 3 Uhr im Vorping-Theater; zur Aufführung gelangt „Der Wassenschwied“; die 329. abends 7 Uhr im Bürgeraal des Rathauses. Es werden mitwirken: Fräulein Jeanne Robert (Regitation), Herr R. Scheller (Gesang), Herr J. Euhmann (Violine). Einlosharten zur Veranstaltung im Bürgeraal des Rathauses kosten einschließlich Garberode und Bettel 30 Pf. und sind in den bekannten Verkaufsstellen erhältlich.

Die Gesellschaft für soziale Reform hält in der Zeit vom 2. bis 5. Dezember in Berlin ihre diesjährige Generalversammlung ab. Hauptgegenstand der Tagesordnung bilden Vorträge über die Methoden des gewerblichen Einigungswesens, die sich im wesentlichen auf die Erfahrungen stützen, die eine von der Gesellschaft nach England entsandte Studienkommission gemacht hat. Unter den Referenten über diese Fragen befindet sich auch der Zentralratsvorsitzende Generalleutnant Gustav Hartmann vom Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter.

Gewerbevereins-Teil.

Mährberg, 21. Oktober 1908. Auf Veranlassung der Kollegen Strind und Pfaffenlaub wurde vergangenes Dienstag abend eine Versammlung des Arbeitspersonals der hiesigen Vertiefenleimwaren-Firma Wilmers & Zehner im Restaurant „Zum blauen Auge“ einberufen, dem eine Anzahl der dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen folgte. Kollege Strind, als Einberufer, eröffnete die Versammlung, gab den Zweck derselben bekannt und erteilte dem Ortsverbandsvorsitzenden Käser das Wort zu einem Vortrage über: „Das Wesen und die Ziele der Deutschen Gewerbevereine“. Diese Ausführungen fanden den Beifall der Anwesenden und nach einer lebhaften Aussprache wurde die Gründung eines Ortsvereins der graphischen Berufe mit vorläufig 18 Mitglieder beabsichtigt und der Beitrag auf 30 Pf. inklusive Vorkauftrag festgesetzt. In die Vorstandschaft wurden gewählt die Kollegen Strind, Vorsitzender, Adrian, Stellvertreter, Pfaffenlaub, Kassierer, Eieb, Schriftführer. Möge der neue Ortsverein ein recht eifriges Glied unserer Organisation und des hiesigen Ortsverbandes werden.

Schöneberg bei Berlin. Ich möchte heute eine herzliche Bitte an alle Gewerbevereine richten, welchem Berufsverein sie auch angehören mögen. Durch die Gewerbevereine im Verbande der Deutschen Gewerbevereine sind wir zur gegenseitigen Förderung und Unterstützung aller berechtigten Forderungen verpflichtet, die geeignet sind, die Gede der Arbeitnehmer vorwärts zu bringen. Alle Gewerbevereine werden mit Recht eine Beförderung der Arbeitssicherheit, um Zeit und Mühe zu sparen, die Familie und die eigene Fortbildung zu pflegen. Die Arbeiter aller Berufe wollen freie Bürger werden, die teilhaben an den Fortschritten der Kultur. Darum müht sich der Verein der

Deutschen Kaufleute um die Einführung des 8 Uhr-Sabenschlusses. Das Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn alle übrigen Gewerbevereine tatkräftig helfen. Jeder Arbeiter versteht es, was es heißt, bis 9 Uhr hinter dem Abendlicht zu stehen, und wenn dann endlich die Zeit gekommen ist, wo der Angestellte seiner Familie zuhause sein kann, dann vergeht, namentlich in der Großstadt, oft noch bis zu 1 Stunde Zeit, bevor die meist entfernt liegende Wohnung erreicht ist. Jeder Gewerbevereiner kann und muß hier helfen, indem er es sich und seinen Angehörigen zum Prinzip macht, niemals nach 8 Uhr abends etwas zu kaufen. Wenn dann die Gasse fortbleiben, so werden sie gern selbst auf die Angehörigen Rücksicht nehmen, umso mehr, als sie die unnötigen Kosten für Beleuchtung sparen, denn oft wird nur der Laden offen gehalten, weil der liebe Nachbar auch auf hat und sich ebenfalls nicht freut, wegen der Konfurrenz früher Schluss zu machen. Darum liebe Verbandskollegen und auch ihr Frauen, beherzigt meine Bitte: „Kauft nicht nach 8 Uhr abends!“ Ihr werdet dann begreifen, daß die Pflichten der Verbandsvereine im Bewußtsein aller Gewerbevereiner stark lebendig sind. Ich bin überzeugt, daß ich die Hilfe der Gewerbevereine nicht umsonst anrufe; wo aber die Verbandsvereine anderer Berufe die Hilfe der Kaufleute benötigen, da sind wir in freudiger Erfüllung unserer Pflicht zu jeder Zeit zu jeder guten Tat bereit.

Eugen Gerdel, Vertreter im Zentralrat für den Gewerbeverein der Deutschen Kaufleute.

Wannau, 21. d. M. Heft der Ortsverband im lokale Schilde in Ködillinghausen eine öffentliche Bergarbeiterversammlung ab, in welcher Kam. Schiller, Oberhaupten referierte. Es waren 6-700 Personen erschienen. Neben die Vorträge der Bergarbeiter auf Lohnverhöhung berechtigt war, daß eine Lohnverhöhung von 10 Pfl. für die Arbeiterberufe beabsichtigt wurde, nicht statgefunden habe. Im I. und II. Quartal dieses Jahres seien die Löhne teils gefallen und teils gestiegen, in Ober- und Nieder-Sachsen, im Dortmund sowie im Kadener Revier. Der Kadener Revier die Lohnverhältnisse im Eisbergbau. Ein höherer Arbeitsverdienst sei unbedingt notwendig, damit der Arbeiterstand nicht weiter so darben brauche, wie bisher. Der Lohnbesitzer setze nur einen Teil seines Kapitals aufs Spiel, der Arbeiter dagegen sein Ganzes, d. h. seine Gesundheit und sein Leben. In der Unternehmensehre werde der Bergmann gern als Söldner hingestellt, indem man behauptet, die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter sei juristisch gegeben. Das Gegenteil sei richtig! Die Gewerker erwähnten nicht, daß die Unmasse der Ausländer, wovon die Mehrzahl keine Ahnung habe vom Bergbau, mit dem gescheiterten Bergmann bei der Durchschnittsrechnung auf die gleiche Stufe gestellt würde. Ferner bemerkte Kadener, es würden den Verwaltungen resp. den Aufsichtsräten Löhnerer gezahlt von 6-10000 RM. Auch sei es nötig, die Bürgerpflicht auszuführen, da diese bei geringen Löhnen der Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen würden. Es sei unmöglich für einen Arbeiter, bei geringem Verdienst die durch hohe Preise verteuerten Lebensmittel in ausreichender Menge und Qualität zu kaufen. Wenn der Arbeiter, nur der äußeren Not gehorchend, höhere Lohnforderungen stelle, so werde derselbe gleich als Sozialdemokrat und Unbürger bezeichnet. Die deutschen Arbeiter müßten durch die indirekten Steuern das Geld aufbringen für Heer und Marine. Das danke man ihnen schlecht. Die Arbeitgeber seien

fast alle organisiert, ohne Rücksicht auf Partei und Kirche. Nur der Arbeiter bege postei- und kirchenpolitische Straußel. Notwendig ist es, daß oben alle Arbeiter organisiert sind und durch Einigkeit dem Unternehmertum die Spitze geboten werden. Referent ermahnte die Anwesenden noch, bei eventuellen Kämpfen unbedingte Löhne zu bewahren und mit besserem Kampfe die Arbeiter zu haben, obgleich es die Gewerbetrauen auf ihre Führer zu achten, obgleich es die Gewerbetrauen ablehnten, mit der Siebenkommission zu verhandeln. Mit der Aufforderung an die Nichtorganisierten, sich der Organisation anzuschließen, schloß der Referent seine mit reichem Beifall behagten Ausführungen. Zur Diskussion meldeten sich die Kameraden Schwarz (alter Verband) und v. d. Heydt (S.-D.), welche sich mit den Ausführungen des Redners vollständig einverstanden erklärten, dabei bemerzend, es sei nicht nur nötig, organisiert zu sein, auch politisches Denken sei erforderlich, denn die Herren vom Kapital befehligen und der Arbeiter müsse gehorchen; das Ganze nicht so weitergehen. Es sei übrigens auch in der Arbeiterberufe zu berücksichtigen, daß die heutigen Lebensmittelpreise unerschwinglich für den Arbeiter seien. Wenn alle Arbeiter, welche im vorigen Streit den Organisationen beigetreten seien, tren geliehen seien, so wären auch ausreichende Gelder vorhanden zur erfolgreichen Führung eines Kampfes. Die Unternehmener würden dann die Forderungen, welche doch nur sehr minimale seien, gewillig sein. Auf den Kruppischen Böden (Gannover und Hannover) habe mancher Kamerad auch Anlaß der Bemerkung von Hl. Veria Strupp ein Gehaltslohn von 5 bis 10 RM. erhalten, aber kurz darauf hätten die Beamten die Gehälter wieder heruntergedrückt. Was auf einer Seite gegeben werde, würde auf anderer Art wieder genommen. Laut Geschäftsbericht der Harpener Bergarbeitervereine bei 50-jährigen Bestehen sei es so auch Hauptausgabe gewesen, daß die Einkünfte der Aktionäre vergrößert wurden, natürlich sei der Bergmann, der die schwarzen Diamanten zu Tage fördert, Reichen geworden. Ferner wurden das Liebeskinder-Lohnwesen und die Sperte sowie die englischen Verhältnisse besprochen. Auch den Diebstahlsdelikten schloßen sich die Anwesenden mit großem Beifall an. Nach dem Schlußwort des Referenten, in welchem derselbe noch Geschäftsbesitzer erläuterte, fand die Beschlüsse einstimmige Annahme, die schon in Nr. 45 unter Name abgedruckt worden ist. Darauf schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung mit herzlichem Glückwunsch.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerbevereine (S.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerbevereine, Greifswalderstr. 221/223. Gäste willkommen. — Gewerbeverein der Deutschen Gewerbevereine (S.-D.). Jeden Donnerstag, abends 8-11 Uhr, Neuhagenstraße im Verbandsbureau der Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Gewerbeverein der Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII. Ab. 8 1/2 Uhr bei Pösch, Brunnenstr. 41. Vortrag des Kollegen Karst über Karl Marx und seine Theorie.

Orts- und Meditationsverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im lokale des Herrn Hülsh. Schulte-Kattler, Diskussionsrunde. — Gannover und Hannover (Ortsverband). Die Besprechungen der Ortsverbands-Mitglieder finden jeden Dienstag abends 9 Uhr im Verbandslokal „Königsberg“, Brühlstr. 12, statt.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1905
auf festem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsvereine und Vereinsbibliotheken
3,50, sonst 8 Mark.
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben.
Verbandsbureau:
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.
Ochthandlungen nur an Verbandsbureau
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerbevereine
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.
Treffpunkt aller Gewerbevereinskollegen an den Abenden und an jedem Sonntag. Fröhliche Besuche, große Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Kegeltischen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter-Berggängen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfohlen, ladet zum Besuch freundlich ein
Carl Bernuth, Deponom.

Rom Verbandsbureau gegen Einzahlung von 1,50 RM. zu beziehen:
Die reichs-gesetzliche Arbeiterversicherung
(Arbeiten, Unfall- und Invalidenversicherung).
Nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung und Rechtsprechung bearbeitet von **Ernst Hauke** und **Walter König**, Kaiserlichen Expedienten des Reichsversicherungsamts. Das Buch sollte als Ratgeber in keinem Ortsverein fehlen.
Einzelnungen an **R. Klein, Verbandsbureau, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.**

Barth (Ortsverband). Durchreif. Gewerbevereinskollegen erh. 50 Pf. Karten sind zu haben bei **H. Frahm, Baustr. 55/57, Arbeitsnachweis** bestellt.
Rosenthal (Ortsverb.). Durchreif. Gesellen erhalten 50 Pf. bei **H. Kiemer, Friedrichstraße 36.**
Gannover-Staden. (Ortsverband). Arbeitsnachweis bei **Carl Gebel, Gannover, Seifenstraße 32a I.**

Das „Oberschlesische Tageblatt“
offizielles Organ des Ortsverbandes der Deutschen Gewerbevereine (S.-D.) von **Rattowitz und Umgegend**
Es die einzige Zeitung Oberschlesiens, die sich die Gewerbevereinsfrage, nach dazu in eigener Rubrik, angelegen sein läßt.
Alle Postanstalten nehmen auf das 7 Mal wöchentlich erscheinende „Oberschlesische Tageblatt“ Bestellungen entgegen.
Abonnementspreis monatlich 75 Pf.
Zhorn. Durchreifende erhalten Abendrot, Nachtlinger und früh Kaffee beim Verbandsbureau bei **H. Kowallowski, Zhorn, Heiliggeiststr. 7/9.**
Schramberg i. Oberschlesien (Ortsverb.). Durchreif. Gewerbevereinskollegen erhalten 70 Pf. beim **D.-B. Kassierer R. Genter, Schillerstr. 106.**

maoher „ergebnis“ geantwortet, „daß gemäß § 801 des Allgemeinen Berggesetzes und § 13 Absatz 1 N. 5 der für die Königlichen Steintohlenbergwerke in Westfalen erlassenen Satzungen für die Wahl und Tätigkeit des Arbeiterausschusses Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft, die sich auf die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse des Bergwerks beziehen, durch den Arbeiterausschuß zur Kenntnis des Werksdirektors zu bringen sind. Von vorstehendem Bescheid haben die unterstellten Königlichen Berginspektionen Mitteilung erhalten.“

Am 26. Oktober war die Siebenerkommission in Offen veranlagt. Auch die Vorstände der Bergarbeiterorganisationen nahmen an der Sitzung teil. Große Erregung rief die Mitteilung hervor, daß der Handelsminister Deßloch ein Entschuldigungsprogramm an den Bergbauischen Verein gerichtet, daß der arbeiterfreundliche Artikel in der „Norddeutschen Allgemeine Zeitung“ erschienen sei, die Regierung würde jenen Auslassungen fern. Die Konferenz beurteilte dies einseitige Verhalten des Ministers in scharfer Weise.

Die Arbeiterausschüsse sollen die entsprechenden Anträge an die Reichsregierungen richten. Wo diese Ausschüsse aus Streikbrechern bestehen, sollen sich freie Kommissionen bilden und die Wünsche der Belegschaft geltend machen.

Am 9. November tritt die Siebenerkommission mit den Vorständen der Organisationen von neuem zusammen. Die Arbeiterausschüsse und Kommissionen sollen bis dahin berichten, damit das eventuell notwendige weitere Vorgehen beraten werden kann.

Arbeiterbewegung. Der Streik in den Erzgebirgs-Fahradwerken zu Brandenburg hat mit einem Siege der Arbeiter endet, indem ihnen die früheren Preise wieder zugesichert wurden. Auch in den Abteilungen, wo technische Verbesserungen eingeführt werden, soll den Kollegen nach dem geleisteten Probearbeiten der frühere Preis garantiert werden. Für Schloffer und Dreher soll der Stundenlohn mindestens 40 Pfg. betragen. — Der Streik in der Eisen- und Stahlindustrie von Reining und Thomas in Berlin ist durch Vergleich beigelegt worden. — Der Lohnkampf der Offenbacher Metallarbeiter hat ebenfalls durch Vergleich sein Ende gefunden. — Der Streik der Bergarbeiter in der Provinz hat in letzter Zeit noch scharfe Formen angenommen, da die Arbeitgeber nur zu völlig ungenügenden Zugeständnissen sich herbeilassen. — In Hamburg und Altona sind am Montag die Belegsungen der Fischdampfer außer den Kapitänen, Steuerleuten und 1. Maschinenisten in den Auslauf getreten. Die von See kommenden Dampfer werden einstillt und dann von der Belegsung entlassen. — Die Berliner Zimmerer beschäftigen sich bereits mit der Fertigstellung eines neuen Tarifes, da der alte am 31. März 1907 abläuft. In einer Versammlung wurde einstweilen verlangt die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden und die Erhöhung des Stundenlohnes auf 85 Pf. — In Berlin stehen sich ungefähr einer Woche die Kammmacher im Streik. Sie fordern die Durchföhrung der 52stündigen wöchentlichen Arbeitszeit, Erhöhung der Alterszulage um 10-15 Pfg. und Entschädigung für bestimmte Wertgegenstände, welche die Arbeiter selbst herstellen müssen. — Der Kampf in der Berliner Schuhindustrie dauert noch fort. Es sind jedoch auch hier Einigungsverhandlungen im Gange, die ein nahe Ende der Bewegung wahrscheinlich machen. — Die Mannheimer Innungsmeister haben als Antwort auf den Aufruf der Cyprier bei den Wahlen der Jubiläumssammlung sämtliche Cyprier ausgesperrt. — Die Schlichtergesellen in Mannheim haben in ihrem Kampfe gegen die Schanzmacher ihres Gewerbes einen Sieg davongetragen. In den Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht hat der Obermeister der Innung die Organisation der Gesellen anerkannt und die Ausübung wurde aufgehoben. — Die Gasarbeiter von Sieged (Lingau) sind in den Auslauf getreten, da die Gesellschaft Kontraktbrüchig wurde. Da sich nur wenige Streikbrecher fanden, liegt die große Stadt fast ohne Beleuchtung da. — Die Angestellten der elektrischen Straßen- und Vorortbahnen in Budapest haben die Kongressen der Direktion, die im wesentlichen in einer Verkürzung der Dienzeit bestanden, abgelehnt, so daß der Streik fortwährt. Die Direktion hat darauf eine große Anzahl der Angestellten für entlassen erklärt. — Der etwa zwei Wochen währende Bäckerstreik in Budapest dürfte in aller nächster Zeit mit einem Siege der Arbeiter beendet werden.

In Frankreich ist ein neues Ministerium benannt worden. Präsident desselben ist der Schriftsteller Clemenceau geworden, der früher wiederholt eine sehr deutschfeindliche Gesinnung bezeugt. Hoffentlich befolgt er unseren Rat, wenn wir ihm sagen: mach dir bei dem alten Rex in dieser Regierung ist die Errichtung eines besonderen Arbeitsministeriums. Der Präsident der Republik, Fallières, begünstigt das neue Ministerium und hat hervor, daß mit dem Arbeitsministerium dem Lande bewiesen werden solle, daß die Regierung ihr Versprechen, daß

das der Arbeiter zu verbessern, verwirklichen wolle. Arbeitsminister ist Herr Viviani, der einem Mitarbeiter des „Matin“ erklärte, das Arbeitsministerium solle das Haus der Arbeit werden: „Die Interessen und Rechte der Arbeiter müssen auf besondere Art und von einem einzigen Amte verwaltet werden. Das Wichtigste für uns ist, das Vertrauen der Arbeiterklasse zu gewinnen. Das wird uns gelingen, denn die Arbeiterklasse wird bemerken, daß das Arbeitsministerium den Aufhebung der Gewerkschaften nicht hindern, sondern fördern, wenn auch Zwangsregeln (!) unterordnen will.“

Viviani ist Sozialist, wie es Millerand war, als er ins Ministerium berufen wurde. Obgleich es Millerand nicht an arbeiterfreundlichen Maßnahmen fehlen ließ, hatte er doch bald das Vertrauen der Sozialisten verlohren. Viviani wird kein anderes Schicksal haben.

Die Anarchisten haben die bekannten Geheimverhandlungen der Gewerkschaftsvorstände in Form einer Broschüre zur Veröffentlichung gebracht. In dem bisher noch nicht bekannt gewordenen Teil werden auch noch allerletzte Sachen erzählt. Dafür möge folgende kleine Stelle aus dem Protokoll Beweis sein: Bauer (Brauereiarbeiter): In Worms habe ich ein Vertreter des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter zur Herbeischaffung von Streikbrechern bereit erklärt; ein gleicher Fall habe sich in Mainz ereignet. Auch in Nürnberg hat sich derselbe Verband zur Beförderung von Streikbrechern erbötig gemacht. (Widerspruch der Transportarbeiter.) Schwamm (Handels- und Transportarbeiter): In Mainz und Worms liegen die Dinge nicht so, wie sie Bauer angeführt habe. Deinhard (Holzarbeiter) sagt das Ergebnis dieser Konferenz wie folgt zusammen: Derartige Dinge fliegen zum Himmel. Wenn das alles wahr ist, was über die Brauerbewegung, daß das Brauerblatt wie ein Welken in der Verborgenen blühe, denn sonst hätten die Auslassungen desselben in der schlimmsten Weise gegen die Arbeiterbewegung von den Gegnern ausgenutzt werden können.“

Was müssen die Streiks der „Jelbewußten“ Brauer in Worms und Mainz wert gewesen sein, wenn der „Jelbewußte“ Transportarbeiterverband sich bemühte, ungelernete Arbeiter als „Braner“ und Streikbrecher unterzubringen.

Ferner erfahren wir aus diesem Protokoll, daß die Jelbewußten sich der in Hannover erscheinenden „Sumpflume“, so wird das sozialdemokratische Brauerblatt in der Brauerwelt bezeichnet, schämen und sich freuen, daß die Sumpflume einem „Welken im Verborgenen“ gleicht.

Der Dummen kindlicher Glaube an die vom Sozialismus erstrebte irdische Seligkeit hat einen neuen harten Stoß bekommen durch den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Eduard Bernstein, der in den „Sozialistischen Monatsheften“ sich lustig macht über den „Postulatssozialismus“.

Allerdings, wenn man unter sozialistischer Produktion ausschließlich Produktion bezweife rationenmäßiger Verteilung oder unentgeltlicher Verdienste zum bestelbigen Zweck versteht, dann ist sozialistische Warenproduktion ein Widerspruch in sich. Aber mit dieser beschränkten oder beschränkten Auslegung würde man zugleich den Sozialismus ins Unendliche verschieben. Die Verteilung, das nur eine bestimmte Verteilungsweise mit dem Sozialismus vereinbar ist, entspringt einer sehr roten, noch ganz utopischen Auffassung des Sozialismus. Es entspricht einer Zeit, wo die Produktionsverhältnisse noch überwiegend feindselig waren und das Verkehrsweesen noch in den Kinderschuhen steckte. Man könnte sagen, sie entspricht der Zeit der alten Postulats. Dieser Postulatssozialismus spukt jedoch auch noch in der marxistischen Literatur als natürliche Folge der Tatsache, daß die Notwendigkeit, gemäß den veränderten Produktions- und Verkehrsverhältnissen auch die Begriffswelt des Sozialismus zu fortzuringen, von der marxistischen Theorie zwar prinzipiell anerkannt worden ist, im marxistischen Lehrgebäude aber nur noch einer Seite hin Verdrängung gefunden hat.

Bernstein wirft ferner das marxistische Lehrgebäude mit der irdischen Seligkeit für alle über den Haufen. Nun wird man ihn wieder scheitern, daß er den seligen Glauben der im Herdennis folgenden Masse ins Wanken bringen wolle. Den Witzläufer gefüllt es aber gar zu gut, daran zu glauben, daß der Sozialismus alle Menschen glücklich machen könne, und da glauben sie weiter trotz Bernsteins. Wenn sie doch nachher nur nicht allmählich „dran glauben müßten“.

Die Annahme und Forderung der „Gemein-“ scheint keine Grenzen mehr zu kennen. Um sich ein Bild von der sozialen Lage der Arbeiterklasse in Nürnberg zu verschaffen, hat der dortige Magistrat beschlossene, Arbeiterauswahlbudgets festzustellen und zu diesem Zwecke 100 Haushaltungsbücher an Arbeiter mit Familie zum Ausfüllen auszugeben. Je 25 dieser Bücher sollen an Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften und der Deutschen Gewerksvereine verteilt

werden; die Wahl der übrigen 50 Arbeiter behält sich der Nürnberger Magistrat vor.

Ran kann geteilter Meinung darüber sein, ob auf diese Weise ein klares Bild von den wirtschaftlichen Verhältnissen, unter denen die Nürnberger Arbeiter leben, gewonnen wird. Im Vergleich zu der starken Industriearbeiterklasse will uns die Zahl von 100 Haushaltungsbüchern auch etwas knapp bemessen erscheinen. Auch der „Vorwärts“ bemängelt in der ihm eigenen häßlichen Art das Vorgehen des Nürnberger Magistrats, gibt aber auch gleichzeitig das Mittel an, wie die Stadtverwaltung „sozialpolitisch wichtige, zuverlässige Budgets“ erhalten könne. Sie brauchte sich nur an das (natürlich sozialdemokratische, D. Red.) Arbeitersekretariat und die Gewerkschaften zu wenden. Wir zweifeln nicht, daß dann in kurzer Zeit eine Arbeit von dauerndem Werte geliefert würde.“

Danach bietet also nur die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft die sichere Gewähr, daß ein Arbeiter sein Budget richtig aufstellt. Wir sind gerade der gegenteiligen Meinung. Bei dem Radabergchorsam, der auf jener Seite herrscht, könnte durch Druck „von oben“ sehr leicht ein falsches Bild entworfen werden. Das wird vermieden, wenn auch andere Arbeiter zu Worte kommen. Und daß unsere Kollegen dazu ebenso gut befähigt und berechtigt sind, ist für jeden unparteiisch Urteilenden ohne weiteres klar. Jedenfalls zeigt sich auch hier wieder einmal die „genüßliche“ Unzulänglichkeiten im besten Sinne.

Die Stadt Aarlsruhe gewährt dem Gewerkschaftsverband für Bildungszwecke einen jährlichen Beitrag von 300 Mk. Als die „Sprengel“ unter Berufung hierauf ebenfalls 300 Mk. haben wollten, wurde dies abgelehnt mit dem berechtigten Einwande, daß häßliche Mittel nicht an Korporationen zu verwenden blünten. In Konsequenz dieser Entscheidung ist nun auch dem Gewerkschaftsverband die häßliche Beihilfe gestrichen worden, weil der Vorstand in Mannheim erklärt hat, die Gewerkschaften seien ein Bestandteil der sozialdemokratischen Partei.

Eine jüdelnische Größe der Münchener Ortskrankenkasse und Kassierer der „Jelbewußten“ Lichter, Friedrich Schumann in München, hat nach Unterschlagung von 4000 Mk. das Weite gesucht. Obwohl sein Verstum schon im Frühjahr kein guter war, wählte man ihn doch wieder in den Vorstand der Ortskrankenkasse. Den „Jelbewußten“ genügt die „Jelbewußtigkeit“, alles andere spielt keine Rolle. Dies blinde Vertrauen hat sich wieder einmal läßt gerächt.

Nicht nur Bräuer, auch die Sozialdemokratie braucht Geld. Darum hatte sie, um gleichzeitig eine Vorschau über ihre Anhänger zu halten, einen „Extra-Zahlabend“ veranstaltet. Diese neue Methode, Geld zu machen, scheint den gewünschten Erfolg nicht gehabt zu haben, denn der „Aktionsauschuß“ fordert im „Vorwärts“ die Begriffsleiter und deren Stellvertreter dringend auf, „alle Genossen, welche am Zahlabend fehlten, nunmehr auszufinden und die Eintragung der Ferngebühren bis zum 30. Oktober freudlich zu bewirken. Die so vervollständigten Listen sind dann bis zum 3. November an die von den Kreisvereinen bezeichnenden Stellen abzuliefern.“ Die zahlreichen armen Schüler, die durch Fernbleiben von dem Extra-Zahlabend ihr Geld in der Tasche zu halten hoffen, müssen jetzt doch noch blicken. Auch der freiwillige Beitrag wird zwangsweise beigetrieben.

Gewerksvereins-Teil.

§ Hamburg. Der D. S. der Brauer hielt am 13. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, in Hofmanns Gesellschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung ab. Drei Kollegen meldeten sich vom Militär wieder zurück; sie traten wieder in ihre alten Rechte ein. Der letzte Versammlungsbericht wurde als richtig akzeptiert. Eine lange Debatte entstand über die Verhandlung, da der alte Vorstand unter seinen Umständen eine Wiederwahl annehmen wollte. Veranlassung hierfür waren die Angriffe in der „Bundeszeitung“. Die Kollegen erklärten, daß sie kein Verzicht, sich fortgesetzt beleidigen zu lassen. Die Präsidium habe die Aufgabe, solchen Beleidigungen entgegen zu wirken, habe aber augenblicklich ihre Pflicht verwirkt. (Schäftsordnung für die Reichstags- und Präsidium § 2, Seite 59 des diesjährigen Delegiertenkongressprotokolls.) (Artikel, die in der Debatte verlesen wurden, gehen, wie wir in Erfahrung brachten, nicht ein an die Präsidium, die daher auch nicht in der Lage war, die Angriffe auszusprechen. Red.) Wegen die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung verfiel auch Herr Horn, der Redakteur der „Bundeszeitung“. Bundesoberleitender Kollege König habe sich bei seiner Anwesenheit in Hamburg davon überzeugt, daß die Beleidigungen korrekt gehandelt und darin den ganzen Verein hinter sich hätten. Er habe sich für den hiesigen Verein keine Erklärung in der „Bundeszeitung“ erschienen. Der Artikel des Herrn Horn in Nr. 41 der „Bundeszeitung“ enthalte von neuem schwere Angriffe auf die beiden Vorstandsmitglieder. Mit Rücksicht auf den Verein konnten sie nicht so antworten, wie es das

leg. Boh-
Streitbrecher.
wiporgen der
Juni.
wurde ab-
er noch gan-
hängnis.
einen Erfolg
das eingangs
bedragten.
n Erfolg er-
reinsbeamer
nd den Streik
na Souig-
erfolges ab-
egam. Für
sein Ged.
ie wieder
weniger.
er Gemein-
geben, daß
wahrheiten
in gewisses
also nicht
die gebilgte
verderbeme
darauf ge-
nd. Hatte
Trauer-
er?
alle And
einzelnen
erklärt das
er. Der
nach bisher
Verhältnis
ber nur noch
Mannheim
Partei
sind;
daß sie
...
die sozial-
immerer,
wennigst
u zu tun
differenz
schen Ge-
irt, Ge-
tlig zu-
schlages-
eine ger-
langen
den
sten ab-
Be-
teilung“,
die eine
Droh-
Rab: er
erlaubt zu
it zu er-
er
Staat
Blond
poll-
mobil
hdderri,
gen die
mahme
ischen
doku-
lied-
wie
tischen
Unsere
daran
enden
in der
streich
leben-
nach
Sarl
stige
Ge-
berg-
ener-
dam-

- Von der Förderung in den Arbeiterauschüssen ausgeschlossen sind, abgesehen von den zu 3. bezeichneten, alle Anträge, Wünsche und Beschwerden, welche lediglich die Angelegenheiten einzelner betreffen.

Der Arbeiterauschuss besteht aus mindestens 3 und höchstens 15 Mitgliedern. Wahlberechtigt sind alle Arbeiter, die auf den im § 1 bezeichneten Bahnhöfen oder in den Hauptwerkstätten beschäftigt sind, das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben und der Abteilung B der Arbeiterpensionskasse angehören. Wählbar sind die männlichen Arbeiter, die 30 Jahre alt sind, der Abteilung B der Arbeiterpensionskasse angehören, mindestens 5 Jahre im Dienste der Eisenbahnverwaltung stehen, sowie mindestens 1 Jahr in der Werkstätte, für die, oder auf dem Bahnhöfe, für den die Wahl vorgenommen wird, beschäftigt sind. Die vorübergehende Verwendung eines Arbeiters als Hilfsbeamter schließt seine Wahlberechtigung und seine Wählbarkeit nicht aus.

Die Sitzungen des Ausschusses sollen tunlichst in die Arbeitszeit fallen. Aus Anlaß der Teilnahme an den Ausschusssitzungen finden keine Lohnfällungen statt. Soweit die Ausschussmitglieder zur Teilnahme an den Ausschusssitzungen Reisen vorzunehmen haben, erhalten sie freie Eisenbahnfahrt und Reisekosten, welche ebenso, wie die Entschädigungen für entgangenen Arbeitsverdienst, nach den für die Richter der Schiedsgerichte der Pensionskasse für die Arbeiter der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft erlassenen Vorschriften zu bemessen sind. Die Eisenbahndirektion ist befugt, Arbeiterauschüsse, welche sich nach ihrem Ermessen zur Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben als ungeeignet erweisen haben, aufzulösen und eine Neuwahl anzuordnen. - Die Wahlen der Arbeiterauschüsse sind geheim und erfolgen durch Abgabe von Stimmzetteln.

Mit Veröffentlichung des Erlasses sprach der Minister zugleich die Erwartung aus, daß die Königl. Eisenbahndirektionen und die Inspektionsvorstände die Verhandlungen der Arbeiterauschüsse nach wie vor mit Sorgfalt beobachten, daß sie deren Ergebnisse unverweilt prüfen und die daraufhin nötigen Anordnungen alsbald treffen werden.

Das Streikgesetz für den Kanton Bern.

Es ist keine neue Erscheinung, daß in Ländern mit fortschrittlichen politischen Einrichtungen, ja selbst in Republiken der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung oft die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Bei Streiks werden dasei, wie wir das in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gelegentlich des großen Kohlenarbeiterstreiks beobachten konnten, wie es sich später verschiedentlich in Frankreich und erst kürzlich in der Schweiz gezeigt hat, häufig Militär und Gendarmerie aufgeboten, um bisweilen schon bei den geringsten Anlässen gegen die Arbeiter vorzugehen.

Eine politisch freie Verfassung bildet also keineswegs eine Gewähr für ein wirklich freies Koalitionsrecht. Dafür liefert einen neuen Beweis das Berner Streikgesetz, das die Regierung jetzt dem Kantonsrat zur Genehmigung unterbreitet hat. In seinem ersten Teile wird die Bildung von Einigungsämtern vorgezogen vor gütlichen Erledigung von Kollektivstreitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern. Das Einigungsamt darf den streitenden Parteien keine Vermittlung anbieten und es ist dazu verpflichtet, wenn beide es verlangen. Weigert sich eine Partei oder auch beide, die Vermittlung anzunehmen, so wird dies amtlich festgestellt. Über die Organisation der Einigungsämter im einzelnen, den Wahlmodus und das Verfahren soll der Kantonsrat selbst Bestimmungen treffen.

Soweit läßt sich gegen das Gesetz auch von unserem Standpunkte nichts einwenden. Zu um so stärkerem Widerstande fordert dafür der zweite Teil des Entwurfes heraus, der dem ganzen Gesetz den Charakter eines Antistreikgesetzes verleiht, der eine verheerende Ähnlichkeit mit der deutschen Justizhausvorlage unseligen Andenkens an den Tag legt. Bezüglich des Streiks werden nämlich folgende Bestimmungen getroffen.

Wer während einer Arbeitseinstellung einen Arbeitswilligen durch Tätlichkeiten, Drohungen, Ehrbeleidigungen oder durch erhebliche Belästigung an der Ausübung seiner Berufstätigkeit verhindert oder zu verhindern versucht, wird mit Gefängnis von 1 bis 60 Tagen und, wenn er ein Ausländer ist, überdies mit Landesverweisung von 2 bis zu 10 Jahren bestraft, - die Bälle vorbehalten, in welchen die Handlung durch ein anderes Gesetz mit einer strengeren Strafe bedroht ist. Im Wiederholungsfall oder in schweren Fällen kann sofortige Verhaftung erfolgen.

Wird während einer Arbeitseinstellung die öffentliche Ruhe und Ordnung durch Zusammenkünfte in erheblicher Weise gestört, so haben die zuständigen Organe (Regierungspräsidenten und Polizeibeamte) die betreffenden Personen

zum Auseinandergehen aufzufordern. Wird dieser Aufforderung nicht oder nicht vollständig Folge geleistet, so ist sie zu wiederholen. Wer auch dieser Aufforderung nicht Folge leistet, kann sofort verhaftet werden und wird, wenn die Handlung nicht durch ein anderes Gesetz mit einer strengeren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis von 1 bis 60 Tagen bestraft.

Zum Zwecke der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung während der Dauer von Arbeitseinstellungen können die zuständigen Organe (Regierungspräsidenten und Polizeibeamte) die Veranstaltung von Umzügen verbieten.

Der Entwurf ist in seinen Grundzügen ähnlichen Gesetzen entnommen, die bereits in Basel, Neuenburg, Gené und Zürich bestehen. Die zuständigen Behörden dieser Kantone behaupten, daß sie damit günstige Erfahrungen gemacht haben. Die Berner Arbeiterschaft jedoch ist darüber aus Augensicht empört und macht gewaltige Aufregungen, das Gesetz zu Falle zu bringen. Denn mit vollem Rechte erodet sie darin ein Ausnahmegesetz schlimmster Art gegen die Arbeiter, lediglich zu dem Zwecke geschaffen, ihre Bemühungen zur Verbesserung ihrer Lage zu erschweren oder gar unmöglich zu machen. Welchen Wert hätte es sonst, besonders schwere Strafen zu schaffen für Vergehen, für die auch jetzt schon, allerdings erheblich mildere Strafen, insbesondere Geldbußen vorgesehen sind? Weshalb gerade gegen Streikende diese strengen Maßnahmen annehmen? Was aber das Gesetz besonders gefährlich macht, das sind die konstitutiven Bestimmungen, die der Polizeivollzug Tür und Tor öffnen. Denn was hat man unter einer „erheblichen Belästigung“ zu verstehen, was unter einer „erheblichen Störung“ der öffentlichen Ruhe und Ordnung? Unwillkürlich ziehen dem deutschen Arbeiter die Bilder an seinem Geiste vorüber, die gelegentlich der Förderung der Justizhausvorlage vor ihm aufstauten. Aber auch die Berner Arbeiter sind sich, wie gelangt, klar über die Gefährlichkeit dieses Gesetzes, das selbstverständlich den vollen Beifall aller Schorflechter findet, und suchen seine Verabschiedung möglichst zu verhindern. Ob ihnen dies gelingen wird, erscheint zum mindesten zweifelhaft. Das aber steht unweifelhaft fest: Wird der Entwurf zum Gesetz erhoben, so werden die wirtschaftlichen Kämpfe im Kanton Bern an Schärfe und Heftigkeit nur zunehmen. Der Weg zum sozialen Frieden, den man durch die Einigungsämter zu bahnen bemüht ist, wird von neuem veripert durch diese Streikbestimmungen. Im Interesse der gewerblichen Entwicklung des Landes kann daher nur gemahnt werden, daß dieses Gesetz die Zustimmung des Kantonsrates nicht erhält.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 30. Oktober 1906.

Die Christlichen in Luzern erfreuen die Unternehmer durch ein Flugblatt gegen die Gewerkschaften. Statt die eingegangene Massenübersicht möglichst lange aufrecht zu erhalten, damit die Direktion der „Roten Erde“ Respekt bekommen hätte vor der Einigkeit der Arbeiter auch nach dem Streik, zeigen die Christlichen den Unternehmern, wie es mit dieser Einigkeit ausfällt. Das ist eine schmachvolle Schädigung des Ansehens der Arbeiterschaft, zumal nach einem so harten Kampfe.

Unsere Maschinenbauer in Luzern sahen sich daher genötigt, durch ein Abwehrflugblatt den Arbeitern darüber Aufklärung zu geben, was aus den von den Christlichen geführten Kämpfen geworden ist. In dem Flugblatt der Christlichen werden nämlich Siege über Siege gemeldet. Unsere Maschinenbauer beleuchten diese „Siege“ wie folgt:

„Und wie sieht es beim christlichen Metallarbeiterverband aus? Bei seinem Streik in Düren, der nur einige Wochen dauerte und bei dem bloß ein paar christliche Mitglieder beteiligt waren, erzielte diese eine Unternehmung von 5-6 Wk. pro Woche.“

In Solbent waren etwa 30 Mann von den Christlichen beteiligt. Um für diese die Unterstützung aufzubringen, wandte man sich bei Metallriesen an Braun- und Brennerien, an Tabak- und Margarinefabriken. Ein Streiklieb, das ein freier Gewerkschafter gebildet hatte, ließen die Christlichen drucken und verkaufen es zur Stärkung ihrer Kasse in vielen Ortsstellen in Rheinland-Westfalen für 10 Wk. das Stück.“

In Schweiter besten sie die Arbeiter auf und als es losgehen sollte, da gab Herr Bieber keine Genehmigung. Die dortige christliche Zahlstelle (Jahres) von 1300 auf 20 Mitglieder herab.“

Wie war es in Raftatt-Burba? Hartmann soll in Luzern vor dem Kampfe den Leuten Rat gegeben haben, es dauere der Kampf nur 14 Tage. Das bedrängte die Christlichen in ihrem zarten Gewissen. Aber zum Kampf auf der Burbaer Seite schrieb der „Christliche Metallarbeiter“:

„Das Ziel die Hütte „in Grund und Boden zu streifen“ wäre in wenigen Wochen zu erreichen gewesen.“ Das Flugblatt schwebelt auch, der zweieinhalb-tägige Streik in Raftatt-Burba sei ein enormer Erfolg gewesen. Dabei wurde gar nichts erreicht, die Arbeiter mußten nach 2 1/2 Tagen beinaheungslos an die Arbeit zurückkehren, 40 gematragelte blieben auf der Straße.“

80 Leute wurden an schlechteren Plätzen angelegt. Esch- erdhängen traten nur in Kraft für die Streikbrecher. Erblü die „Christliche Volkswacht“, das Hauptorgan der Zentrumspartei (erschien in Nr. 530 vom 17. Juni).

Von einer Bestrafung des Ausflusses wurde Abstand genommen, da er in Anbetracht der noch ganz jungen Organisations nur noch verhängnisvollere Folgen hätte zeitigen können.“

Und doch schwebeln die Christlichen von einem Erfolg in Burba und reben dann in Luzern, wo das eingangs Erwähnte erreicht wurde, von vollständigen Niederlagen. In Luzern wollen die Christlichen einen Erfolg erzielt haben. Demweil war es unser Gewerkschaftsbeamter in Luzern, der die Justizlatte ergreif und den Stein ins Rollen brachte.“

Wie ging der christliche Streik bei der Firma Königmann in Würzelen aus? Er wurde erfolglos abgebrochen, als der Streik auf Rote Erde begann. Hier zwei Kämpfe hatte der christliche Verband sein Ziel. 45 Arbeiter blieben ausgepersert und die übrigen, die wieder arbeiteten, verdienten nach dem Streik 20 Wk. pro Tag weniger.“

In dieser Abwehr waren die Luzerner Gewerkschaften gezwungen. Sie durften nicht angeben, daß die Christlichen durch Verbreitung von Unmährheiten der Arbeiterschaft Schaden zufügten.“

Die Unternehmer in Luzern haben ein gewisses Entgegenkommen gezeigt. Der Kampf war also nicht vergebens. Durch das vom Jaun gebrochene gegläufige Auftreten der Christlichen gegen die Gewerkschaften werden die Unternehmer mit der Nase darauf gestoßen, wie innerlich uneinig die Arbeiter sind. Sollte man gar kein Empfinden dafür, wie des Transeripiel ein Lustspiel ist für die Unternehmer?!

„Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind eins.“ Das besätigen jetzt die Organe der einzelnen Gewerkschaften in voller Offenheit. So erklärt das Organ des Zentralverbandes der Maurer, „Der Grundstein“, daß die Gewerkschaften sich auch bisher schon „im Geiste der Sozialdemokratie“ betätigt hätten. Wer aber jetzt noch meine, das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften sei immer noch nicht genügend geklärt, der sei ein Tor.

Klarer und bündiger, als es in Mannheim geschah, kann nicht ausgesprochen werden, daß Partei und Gewerkschaften eines Wesens sind; daß sie die proletarische Kampfpartei bilden; daß sie prinzipiell und tatfächlich aufeinander angewiesen sind. ... Wir werden nach wie vor unsere Pflicht für die sozialdemokratische Partei tun!“

Das Organ des Zentralverbandes der Zimmerer, „Der Zimmerer“, setzt auseinander, daß notwendiges Gegenentkommen, wie es die Gewerkschaften zu tun gezwungen wären, noch keineswegs eine Verwässerung oder gar ein Aufheben der sozialdemokratischen Gesinnung bedeuteten.

„Der Jagdenosse“ (Glaskarbeiter) erklärt, Gewerkschaften und Partei werden einträchtig zusammenstehen und namentlich bei der Reichstagswahl 1908 dem „gemeinsamen Feinde“ eine zerschmetternde Niederlage bereiten.

Die Metallarbeitergewerkschaft macht einen langen Sermon, über aufgestirzte Arbeiter, die sich den sozialistischen Unflath schon von den Schulbänken abgelaufen haben, nur noch herzlich lachen können. Beweisen will natürlich auch die „Metallarbeitergewerkschaft“, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie eins sind. Aus dem langen Sermon eine kleine Probe:

„Nach dem kommunistischen Manifest von Marx erwacht den Kommunisten die große Aufgabe, das Proletariat zu einer Klasse zu organisieren, die Bourgeoisie zu zerstören, die politische Macht durch das Proletariat zu erobern. ... Die Organisation der Arbeiter als Klasse richtet in Deutschland zunächst ihre Spitze gegen den Staat. Später werden die Arbeiterbataillone gegen die Klassenorganisation der politischen Arbeiterpartei der Gemeinde mobil gemacht.“

Mobil gemacht wird etwas durch solche Schwabderrei, nämlich die Reaktion wird mobil gemacht gegen die Arbeiterbewegung!

Der „Eisenarbeiter“ stellt fest, daß die Annahme der Resolution Bebel die völlige Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft glänzend dokumentieren.

Wenn die Gewerkschaften auf den Mitgliederfang ausgehen, dann leugnen sie natürlich nach wie vor, daß sie ein Wertzeug der sozialdemokratischen Partei sind. Dann sind sie wieder „neutral“! Unsere Gewerkschafter werden es aber dann nicht daran fehlen lassen, diesen Eigenheuten die vorstehenden Erklärungen unter die Nase zu reiben.

In einer am Sonntag, den 28. Oktober, in der königlichen Brauerei stattgefundenen, jährlich besuchten Versammlung des Berliner Brauergewerkschaftsvereins, der über 500 Mitglieder zählt, wurde nach einem Vortrage unseres Verbandsredakteurs Karl Goldschmidt mit einstimmiger der endgültige Beschluß gefaßt, dem Verband der Deutschen Gewerkschaften beizutreten.

Bergarbeiterbewegung. Die königliche Bergwerksdirektion in Neudammhausen hat der Eisenwerk-Kommission zu Händen unseres Kollegen B. Ham-

Verhalten des Redakteurs des „Bundes-Zeitung“ vertriebe. Darum müßten sie freie Hand bekommen. In allen den Interessen des Vereines würden sie den neu zu wählenden Vorstand gern unterstützen. Damit gab sich die Versammlung schließlich auf. Es wurden dann gewählt die Kollegen Reiliger und Kühne zu Vorsitzenden, Buch und Seuling zu Kassierern, Spohnholz und Komann zu Schriftführern. Zum Beisitzer wurde Kollege Wetzke gewählt. Der neue Vorsitzende dankte den alten Vorstandsmitgliedern für ihre treuen, dem Vereine geleisteten Dienst- und für ihre kollegialische Erklärung, jederzeit hilfsbereit den Vorstand unterstützen und den Vereinen fördern zu wollen. — Zur Regelung der Tarifangelegenheit wurden die Kollegen Reiliger, Scherzberg und Reumann bestellt. — Für das am 10. November im Vereinslokal stattfindende Herbstfrühstück wurden die Kollegen Blandow, Riemer, Schramm und Krödel als Beisitzer gewählt. — Die Versammlung beschloß unter „Verschiedenes“, die Lebenswichtigkeiten der „Bundes-Zeitung“ und ein Zirkular des Bundesvorstandes in einem Flugblatt zu beantworten, damit allen Bundesvereinen eine wahrheitsgetreue Klärung der Tatsachen unterbreitet werden kann. Dadurch werde auch der Beweis erbracht werden, wer den Bund noch höher und immer weiter schädigt. Es wurde ferner beschlossen, da Herr Horn die Entschelung unserer obersten Bundesinstanz nicht beachte, der Bundesvorstand aber in seinem an die Bundesvereine versandten, vier Wochen vorher gedruckten Zirkular Behauptungen aufstelle, welche nicht den Tatsachen entsprechen, so soll diesem und Herrn Horn durch die Hamburger Verein für die „Bundes-Zeitung“ seine Bezahlung mehr geleistet werden, als ihm bisher von dem Bund selbst bezahlt wurde, und der Redakteur ebenfalls den Delegiertenlagereisekosten (E. 58) von ihm überhaupt keine Abrechnung erfordern habe, wie es Herr Horn wohl wünschen möchte. Ein Abänderungsantrag sei seinerseits überhaupt nicht eingebracht worden. Ganz unverständlich sei es, wie man seinen Ausführungen die Haltung eines formulierten Antrags geben und ihnen einen ganz anderen Sinn unterlegen habe. Gegen dieses eigenartige Gebaren müsse schriftlicher Protest eingelegt werden. Auch müsse verlangt werden, daß das Zuständigkeitsamt einen Namen

tragenden Antrag, den er aber gar nicht formuliert habe, vor dem ganzen Bund aufgestellt werde. Bezüglich des Briefes von Herrn Johanson, welchen Kollege Reumann dem Kollegen König veritaulich überreichte, sei zu bemerken, daß dieser Brief in unerwarteter Weise abgehandelt und vervielfältigt worden sei. Das sei ein beauerlicher Vertrauensbruch. Kollege König habe sich in Hamburg überzeugen können, daß Reumann im Sinne und Auftrage des Vereines gehandelt habe, darum sei die wenig lauthalle Kampfesart des Bundesvorstandes ebenso wenig zu verstehen, wie die Angriffe des Herrn Horn in der „Bundes-Zeitung“. — Das Stiftungsfest findet am 26. Januar bei Egebiel statt. R. Herzog. — Münchenberg in Bayern. Die Situation der Arbeiterbewegung in der hiesigen Textilindustrie hat eine Umänderung erfahren, da man nicht bloß auf die zwei Firmen, wo die Forderungen bereits eingereicht sind und eine abnehmende Antwort erfolgte, zu beschränken, sondern auf alle hiesigen Firmen auszuweichen. Hierzu muß aber erst eine nachhaltige Agitation entfaltet werden, weil in den übrigen Betrieben die Organisation noch nicht die entsprechende Höhe erreicht hat. X.

Ab. 8 1/2 Uhr bei Koch, Albrechtstr. 23. L.O.: Bericht- besprechungen. Verschiedenes. Hamburg. Brauereivereine. Sonnabend, 3. November, ab. 8 1/2 Uhr bei Stombach, Nordstr., Vorstand- scheinung und Ausgabe der Karten zum Herbstfrühstück. Nachher Generalversammlung der Krankenpflege-Vereine. Kiel. Vereinigte Ortsvereine d. Schiffbauarbeiter. Schiffbauarbeiter. Sonnabend, 3. November, ab. 8 Uhr bei Schöner, „Zur Erholung“, Herbst-Dochtisch, öffentl. Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Gacke über: „Jugendliche Berufsorganisationen“. Eämtliche Genossen müssen erscheinen. Bitte willkommen.

Orts- und Medizinalvereine. Ferner (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im lokale des Herrn Witz. Schulte-Rattler, Diätstr. 10. — Hannover und Um- gegend (Ortsverband). Die Ortsvereine der Orts- verbandes-Ortsvereine finden jeden Dienstag Abend 9 Uhr im Verbandslokal „Königsberg“, Friedrichstr. 12, statt. — Wachen (Diätstr.). Jeden Sonnabend 9 Uhr Sitzung bei Walber, „Jägerhof“. — Göttingen. Norddeutscher Ausbreitungsverband. Jeden Donnerstag, ab. 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Diätstr. im Lokal Engelke, Göttingerstr. 9a. Bitte willkommen. — Duisburg (Ortsverband). Sonnab- d. 4. November, vorm. 10 Uhr bei Wirt Heller in Ruhrort, am Markt, Vertreterversammlung. L.O. bei: — Gelsenkirchen (Ortsverband). Sonntag, 4. November, vorm. 9 1/2 Uhr Vertreterversammlung im Lokal Effen, Schallerstr. 53. — Wülheim a. Rh. und Umgebung (Ortsverband). Sonntag, 4. November, nachm. 5 1/2 Uhr im Restaurant „Rauher Hof“ in Schleibach Ortsverbandversammlung. — Schwein (Ortsverband). Sonntag, 4. November, ab. 6 Uhr, Versammlung im Lokal der Wm. Thölen. L.O.: 1. Protokoll, 2. Beschlüsse, 3. Berichtlesen.

Verbands-Zeitung

Berlin. Diätstr. 10. Die heutige Sitzung fällt aus. Nächste Sitzung Mittwoch, 7. November, ab. 8 1/2 Uhr im Verbands- hause der Deutschen Gewerkschaften, NO. Weißbier- straße 221/223. Vortrag des Kollegen Reiliger über das Invalidenversicherungsgesetz. Bitte herzlich willkommen. — Göttingen der Deutschen Gewerkschaften (Ortsverband). Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Lehungsstunde im Verbandslokal der Deutschen Gewerkschaften (Ortsverband). Bitte herzlich willkommen. — Sonnabend, 3. November. Maschinenbau- und Metallarbeiter II. Ab. 8 1/2 Uhr, Fruchtstr. 36a. Bericht von der kombinierten Ansdru- gung. Vortrag. — Maschinenbau- und Metall- arbeiter V. Ab. 8 1/2 Uhr, Kottbuserstr. 4a. Vortrag des Herrn Dr. Birbaum. Thema: Kernkraftfragen und Beschäftigten. — Maschinenbau- und Metall- arbeiter VII. Ab. 8-9 Uhr Zahlabend bei Funke, Zeitstr. 41. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter XI.

Anzeigen-Zeitung

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein in Stuttgart

Auf Gegenseitigkeit. — Gegründet 1875.
Unter Garantie der Stuttgarter Mit- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft.
Kapitalanlage mehr als 45 Millionen Mark.

Haftpflicht-Versicherung für Handwerker u. Gewerbetreibende.

Empfehlungsverträge mit Innungen, Vereinen und Handwerkskammern.
Gesamtversicherungsumfang über 600 000 Versicherungen. Monatlicher Zugang ca. 6000 Mitglieder.
Prospekte, Versicherungsbedingungen, Antragsformulare, sowie jede weitere Auskunft bereitwillig und kostenfrei.

Unfall-Versicherung. Vertreter aus allen Städten überall gesucht. **Lebens-Versicherung.**

Kassen-Abzähl der Frauen-Gräberkassette des Verbandes pro III. Quartal 1906.

Einnahme	K		Ausgabe	K	
	1	2		1	2
An Vortrag	1943	98	Per Begräbnisgeld	575	—
• Beiträge	1511	81	• Entschädigungen:		
• Eintrittsgeld	2	25	• Vertrauensmänner	40	15
• Kaution	5	81	• Vorstandssitzung	10	—
• Stufen	806	50	• Hauptversoren	8	80
			• Hauptkassierer	75	—
			• Kampfkontrollen	60	—
			• Inzerate	18	—
			• Verband u. Singblätter	11	40
			• Rautionskassen	—	64
			• Zurückgebliebene Kaution	8	48
			• Gesamt 3000 M. 3%		
			• Deutsche Reichsan.	2681	—
			• Zinsentschädigung	15	40
			• Courtagen	5	25
			• Depot-Gehältern	3	—
			• Porto und Abtrag	52	77
			• Kassenbestand	753	91
				4968	80

Gesamt- Vermögen	Rammert		Gottschalk	
	K	J	K	J
3 1/2% Berliner Stadt- Anleihe	32900	32788	70	—
3% Deutsche Reichs- Anleihe	60500	58756	—	—
Kassenbestand	753	753	91	—
	84158	81297	7298	61

Mitgliederzahl: 1500.
Berlin, den 1. Oktober 1906.
R. Klein, Hauptkassierer.
Geprüft: Berlin, 26. Oktober 1906.
Kaschewitz, Paul Genzel, G. Scharff, Revisoren.

Gastronomischer Gesellen-Verband.
Berlin C., Unterstr. 65.
Donnerstag, 1. Novem- brach 1 Uhr:
Generalversammlung
in Dräsel's Restauration,
Kasse Friedrichstraße.
Vortrag
des Verbandsredakteurs der
Deutschen Gewerkschaften
Abg. Karl Goldschmidt.
Alle Mitglieder und die
Gewerkschaften, die sich als
solche legitimieren, sind
freundlich eingeladen.
Der Vorstand.
S. A. v. Blachschel.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Heftchrift zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl
Gahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pf.
Leitfaden zum Gewerkschaftsgesetz von Dr. Max Girsch.
Preis 50 Pf.
Begrüßung durch die Kaufmännischen Verbände von Karl
Goldschmidt. Preis 30 Pf.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von
Dr. Max Girsch. Preis 30 Pf.
Fragebogen zum Invaliden-Versicherungsgesetz von
Karl Goldschmidt. Preis 30 Pf.
Kupferdruckbild des Verbandsbureaus Dr. Max Girsch
160x230 mm. Preis 50 Pf.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkschaften. —
Heftchrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerks-
vereine (Girisch-Bund) von Dr. Max Girsch. Preis 1 Mark.
Weltausstellungsgesetz von Dr. G. J. Buchs. Preis 30 Pf.
Arbeiterschutz in der Getreidearbeit. 2 Referate von R. Winter-
Berlin und E. Berndt-Dresden. Gratis.
Die Berufung von Arbeitskammern in Deutschland.
2 Referate von Karl Goldschmidt. Berlin und Johann
Dornbusch-Bromberg. Gratis.
Karlsruher Tag und Reaktionsfreiheit. 2 Referate von Karl
Gahn-Burg und J. D. Käser-Kürnberg. Gratis.
Arbeiterschutz, insbesondere Maximalarbeitszeit, vom
Standpunkt der Deutschen Gewerkschaften von Dr. Max
Girsch. Preis 30 Pf.
Wörter zu Anträgen, Klagen- und Beschwerdechriften in
Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-,
Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pf.
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Geset-
bücher, wie auch Bücher und Schriften jeder Art für die
Bereitschaftslokalen, sind zum Buchhandlungspreise durch das Ver-
bandsbureau zu beziehen.
Schriftführer sind immer zu richten an den Verbandskassierer
Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Weißbierstr. 221/23.
Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Goldschmidt, Berlin N.O., Weißbierstr. 221/23. — Druck und Verlag: Godebe & Gallinet, Berlin W., Potsdamerstr. 110.